

Meine Positionen zu den Koalitionsvereinbarungen

I. Inhaltliche Gründe

① Migrations- und Flüchtlingspolitik

- **Flüchtlinge sollen** in ANkER-Zentren bis zu 18 Monate zentral **kaserniert werden**. Auf den ersten Blick scheint das ein Beitrag zur Effizienz der Anerkennungsverfahren zu sein – auf den zweiten Blick offenbaren sich die negativen Aspekte überdeutlich, wie man an entsprechenden Transitzentren in Manching und Ingolstadt (Bayern) sehen kann. Kleinkriminalität und Stress führen zu Streitereien und Prügeleien.
- **1. Obergrenze:** Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte (SSS) – 1000 pro Monat plus (*angekündigte aber nicht ausgehandelte* Ausweitung der) Härtefallregelung
 - SSS sind keineswegs nur Bürgerkriegsflüchtlinge, sondern darunter fallen auch nicht individuell Verfolgte (z. B. von den Taliban Verfolgte), sowie von Folter oder Todesstrafe im Heimatland bedrohte Geflüchtete. Viele von diesen werden dauerhaft in der EU bleiben, weil die Fluchtursache (Gefahr von Todesstrafe und Folter) sehr lange andauern kann.
 - Durch die Koalitionsvereinbarung wird **dieser** erst im August 2015 auf Betreiben der SPD geschaffene und gefeierte **Anspruch auf Familiennachzug** für SSS **wird wieder abgeschafft**.
 - **Durch die** willkürlich festgelegte **Obergrenze** von 1000+ wird der bisherige **Rechtsanspruch** zu einer Ermessensentscheidung, **einem Gnadenakt**, abgeschwächt, für dessen Gewährung *besondere humanitäre Gründe* vorliegen müssen. Die Auswahl der tausend „Glücklichen“ gleicht aus heutiger Sicht einem Lotteriespiel, da keinerlei objektive Kriterien zu deren Auswahl formuliert werden konnten.
 - Der Begriff *Familiennachzug* ist irreführend, denn dieser sollte keine reine Geste der Mitmenschlichkeit (Gnadenakt), sondern eine Selbstverständlichkeit (Rechtsanspruch) sein, weil es hierbei eigentlich um Familienzusammenführung geht. Im Gegensatz zur landläufig verbreiteten Meinung wird dies schon jetzt ausgesprochen restriktiv gehandhabt und auf EhegattInnen, eingetragene LebenspartnerInnen, minderjährige und ledige Kinder, sorgeberechtigte Personen von minderjährigen Ledigen und die minderjährigen sowie ledigen Geschwister von Minderjährigen beschränkt – die mancherorts genannten Horrorszahlen sind völlig übertrieben.
- **2. Obergrenze** von maximal 220.000 Menschen. Natürlich weiß ich, dass von der vereinbarten Obergrenze weder das Grundrecht auf Asyl (etwa 1 % der Flüchtlinge) noch die nach der Genfer Flüchtlingskonvention (etwa 20–30 % der Flüchtlinge) betroffen sind, sondern ausschließlich alle übrigen, im Regelfall SSS. Die allergrößte Gruppe fällt also unter diese Obergrenze (wie auch beim Familiennachzug). Wenn die Menschen ins Land kommen, weiß niemand, welcher Flüchtling in welche Kategorie fällt, auch deshalb ist diese Zahl so problematisch.
- Zusätzlich sollte man wissen, dass Maghreb-Staaten und sämtliche weitere Staaten mit einer Anerkennungsquote von unter 5 % automatisch als „sicher“ eingestuft

werden; dadurch wird das Grundrecht auf Asyl in Frage gestellt. Die geplante besondere rechtliche Beratung für sogenannte vulnerable Fluchtgruppen, zu denen auch LGBTTIQ-Menschen gehören, ist problematisch, weil einer dem BM des Innern untergeordneten Einrichtung wie dem BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) hierbei leider misstraut werden muss. So befürwortet das BAMF trotz Vorliegen eines EuGH-Urteils weiterhin Abschiebungen u. a. in Länder, in denen Homosexualität strafrechtlich bzw. gesellschaftlich verfolgt werden – und rät dazu, die eigene sexuelle bzw. geschlechtliche Identität geheim zu halten.

- Inwiefern geht die Einigung über das Sondierungspapier hinaus? Minimal, die ca. 50–100 Härtefälle pro Jahr kommen jetzt zu den 12.000 (jährlich) hinzu statt in diesen enthalten zu sein. Diese Obergrenze ist und bleibt unmenschlich.
- **Die GroKo schafft den Rechtsanspruch auf Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige ab, den die SPD selbst erst 2015 durchgesetzt hat – und krönt den Kompromiss mit einer Obergrenze von 1000 Gnadenakten plus einer Handvoll Härtefälle. Hinzu kommt noch eine zweite Obergrenze für Flüchtlinge, die aber nicht so heißen darf – „Kontingent“.**

② Arbeit

- **Verträge mit sachgrundloser Befristung schüren bei den Betroffenen Existenz- und Abstiegsängste.** Eigentlich sollte die sachgrundlose Befristung nach Beschluss des Bundesparteitages komplett entfallen – herausgekommen ist ein *fauler* Kompromiss, bei dem in jedem Unternehmen jeder beliebigen Größe diese Arbeitsverhältnisse zwar eingeschränkt aber weiterhin für bis zu 2.5 % aller Beschäftigten (in Betrieben mit mehr als 75 Mitarbeitern) möglich sind. Ferner soll diese Befristung nur noch für 18 statt bisher 24 Monate möglich sein. Somit werden **Verträge mit sachgrundloser Befristung lediglich eingeschränkt.**
- Eine Konsequenz dieser Verkürzung von 24 auf 18 Monate liegt darin, dass im Falle einer anschließenden Arbeitslosigkeit der Mitarbeiter im Anschluss an die befristete Tätigkeit **bislang zwölf Monate ALG I** beziehen durfte, nun aber **nur noch Anspruch auf acht Monate ALG I** hat, bevor er auf Hartz IV-Niveau abstürzt – bei weiterer Verkürzung auf 12 Monate würde der Anspruch auf ALG I nochmals weiter auf sechs Monate verkürzt.
- Die Möglichkeit von sog. Kettenverträgen soll erfreulicherweise eingeschränkt werden, allerdings sollen diese erst ab fünf Jahren Mindestbeschäftigung nicht mehr zulässig sein. Diese Fünfjahresfrist basiert mutmaßlich auf Erfahrungen aus dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz, das Kettenverträge an Hochschulen begrenzt; dieses Gesetz, das ich aus eigener leidvoller Erfahrung kenne, führt jedoch dazu, dass der Vertrag nach Abschluss der entsprechenden Qualifizierung ausläuft und die/den MitarbeiterIn in die Arbeitslosigkeit entlässt.
- Nach Expertenmeinung ist von den Regelungen zur sachgrundlosen Befristung etwa jeder dritte Vertrag betroffen; es ist unklar, ob diese Verträge künftig alternativ prekär ausgestaltet oder schlicht nicht mehr abgeschlossen werden.

- Eine dringend erforderliche deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen sowie die Einschränkung von Leiharbeit und Midijobs bleibt auf der Strecke.
- **Mindestlohn? Wird mit Ausnahme der Azubis nicht erwähnt.** Ist das gut? Nein. Zahllose Ausnahmen bleiben bestehen.
- Das bereits im Koalitionsvertrag 2013 vereinbarte Rückkehrrecht aus Teilzeit findet sich nun nochmals abgeschwächt in der Koalitionsvereinbarung 2018. Eine Zumutbarkeitsgrenze schränkt die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung abhängig von der Betriebsgröße deutlich ein, bei kleineren mittelständischen Betrieben (unter 45 Beschäftigte) entfällt das Recht auf Teilzeit vollständig. Das werden viele unserer Wähler zu spüren bekommen und uns entsprechend nicht mehr wählen.
- Inwiefern entspricht die Einigung der Vorgabe des Bundesparteitags? Das Ziel der Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen wurde nicht erreicht, Ausnahmen und schwer kalkulierbare negative Nebeneffekte machen den Kompromiss zu einem gefährlichen Rohrkrepieler. Das werden viele unserer Wähler zu spüren bekommen und uns entsprechend nicht mehr wählen.
- **Die GroKo verständigt sich einmal mehr an denen, die aufgrund sachgrundloser Befristungen permanenter Existenzangst ausgesetzt sind. Ferner fehlt jeder Ansatz zu überfälligen Verbesserungen beim Mindestlohn.**

③ Gesundheit

- Die Wiederherstellung der Beitragsparität, so schön sie ist, bleibt meilenweit hinter der Notwendigkeit einer Bürgerversicherung zurück und repariert lediglich eine Reform der SPD, die diese Parität seinerzeit aufhob.
- Konkrete Maßnahmen zum Abbau der Zwei-Klassenmedizin fehlen – ein paar Prüfaufträge werden erteilt, aber nichts konkret vereinbart. Die Möglichkeit für Beamte, künftig auch der GKV beizutreten, wird nicht einmal als Möglichkeit diskutiert. Das Ziel des Beschlusses vom Bundesparteitag wird nicht annähernd erreicht.
- **Die GroKo hält an der Zwei-Klassen-Medizin fest.** Der versprochene Abbau dieses unsolidarischen und ungerechten Systems bleibt aus.

④ Altenpflege

- **Die Vereinbarung**, 8.000 zusätzliche Stellen für Pflegekräfte zu schaffen **ist völlig unzureichend** – das entspricht etwas mehr als einer halben Stelle pro Pflegeeinrichtung (ca. 13.000). Laut dem Dt. Berufsverband für Pflegeberufe fehlen schon jetzt 20.000. Weitere Maßnahmen sind lediglich Absichtserklärungen.
- Die **Finanzierung** soll **ausschließlich durch die gesetzliche Krankenversicherung (GKV)** getragen werden – eine Beteiligung der PKV, der Pflegeversicherung oder gar Steuerzuschüsse werden nicht erwähnt.

- Positiv zu vermerken sind die Pauschalisierung der Pflegezuschüsse sowie der Rechtsanspruch auf Rehabilitationsmaßnahmen für Angehörige von Pflegebedürftigen.
- **Die GroKo schafft nicht mal eine halbe Stelle pro Pflegeeinrichtung und finanziert das aus Beiträgen zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung – darüber hinaus gehende Ankündigungen sind nicht verhandelt und somit ungedeckte Schecks auf die Zukunft!**

⑤ Rente

- Positiv sind grundsätzlich sowohl die Sicherung des Rentenniveaus und die Begrenzung der Beiträge bis 2025 zu nennen. Allerdings könnte durch moderate Steigerung letzterer ein höheres Rentenniveau als 48 % erreicht werden. Bei den zu erwartenden wachstumsbedingten und inflationsbereinigten Lohnsteigerungen ist ein leichter Anstieg über diese Marke grundsätzlich vertretbar.
- Die sog. *doppelte Haltelinie* (48 % min. Rentenniveau, 20 % max. Beitrag) lässt zudem völlig offen, ob im Falle einer schlechteren wirtschaftlichen bzw. demographischen Entwicklung die fehlenden Mittel aus Steuermitteln oder anderweitig als versicherungsfremde Leistungen finanziert werden.
- Ferner wird auch nicht die im wesentlichen Besserverdienenden zugängliche sowie mit geringem Ertrag honorierte Riesterreife angegangen.
- Die vereinbarte **Mindestrente**, die erst nach 35 (!) Beitrags-, Erziehungs- oder Pflegejahren gewährt wird, **schließt viele Betroffene wieder aus**; sie liegt gerade mal 10 % über dem Hartz-IV-Niveau und wird noch dazu natürlich erst nach der entwürdigenden **Bedürftigkeitsprüfung** ausgezahlt, bei der nicht nur sämtliche Einkommen (auch PartnerIn), sondern auch vorhandenes Vermögen berücksichtigt wird. Ganz nebenbei sei erwähnt, dass weder eine Anhebung der Schonvermögen noch der Hartz IV-Sätze auf ein Teilhabe ermöglichendes Niveau geplant sind.
- Für die Zeit von 2025 bis 2045 soll eine Rentenkommission ein Konzept ausarbeiten – offenbar konnte man sich nicht mal auf Grundzüge einigen. Auch hier fehlt jegliche Idee zu einem großen Wurf zur Sicherung eines existenzsichernden Rentenniveaus.
- Inwiefern geht die Einigung über das Sondierungsergebnis hinaus? Gar nicht.
- **Die GroKo verspricht einer kleinen Gruppe eine Grundrente sowie ein Rentenniveau, das gerade mal 0,6% über dem aktuellen Plan liegt – und ab 2026 geht es steil abwärts.**

- ⑥ Die Politik einer Regierung unter SPD-Beteiligung muss sich immer daran messen lassen, ob sie die Ungleichheit verringert – das ist angesichts dieser Koalitionsvereinbarung kaum zu erwarten. **Die vereinbarten Kompromisse tragen den Keim der Enttäuschung bei GenossInnen und WählerInnen in sich.** Ein weiterer Absturz nach dieser dritten GroKo wird die SPD in den Abgrund reißen. **Die gesamte Koalitionsvereinbarung verheddert sich in kleinen Kompromissen und atmet die Mutlosigkeit zum Anpacken großer Fragen** – ein großer Wurf fehlt.

II. Grundsätzliche Argumente

Ich war und bin gegen eine GroKo. Entschieden – aufgrund grundsätzlicher Erwägungen, aber auch inhaltlich überzeugt mich die Koalitionsvereinbarung nicht.

① Analyse:

- **Demokratie lebt vom Wechsel**, die beiden üblicherweise KanzlerIn stellenden Parteien sollten daher nur im größten Notfall (Staatsnotstand) koalieren – sonst bleibt die Opposition ein Torso, der eben nicht jederzeit die Regierung ablösen kann, und damit schwach.
- **Große Koalitionen** braucht man vorübergehend zur **Umsetzung großer Projekte** – solches ist in der Koalitionsvereinbarung von **2018 kein Thema**, weder eine grundlegende Steuerreform, Rentenreform oder Gesundheitsreform.
- 1966, 2005 und 2013 wurden GroKos gebildet, alle drei führten zur **Stärkung der politischen Ränder** – zum Schaden der Demokratie. 1969 NPD und APO samt Unruhen, 2005 Linkspartei, 2017 AfD gestärkt.
- 2009 und 2017 führten die GroKos zu **erheblichen Verlusten** der SPD sowie **der Volksparteien** insgesamt – zum Schaden der Demokratie. **Die deutsche Demokratie braucht eine starke SPD**, keinen Steigbügelhalter für die CDU!
- Das Wahlergebnis ist eindeutig: **die Wählerinnen und Wähler wollen keine Große Koalition mehr** und insbesondere die SPD nicht mehr in der Regierung. Eine Koalition wäre die Missachtung des Wahlergebnisses.
- Die ohnehin nur schwach *wahrgenommenen* Unterschiede zwischen Union und SPD würden unter Merkel weiter verwaschen – zum Schaden der SPD.

② Eine dritte Große Koalition in so kurzer Zeit wäre daher **demokratiegefährdend** – ein Land wie Deutschland braucht eine funktionierende Opposition und eine starke linke Volkspartei. Beides würde diese GroKo weiter beschädigen. Die Partei Willi Brandts, die aufrechte Partei im Kampf gegen den Nationalsozialismus, die stolz und erfolgreich für Solidarität und Gerechtigkeit stehen muss, darf nicht in eine weitere GroKo gehen – sie muss sich endlich inhaltlich erneuern und wieder sozialdemokratische Politik machen. In **Österreich** haben es echte Rechtsradikale in die Regierung geschafft – nach lähmenden Jahren der unendlichen GroKo.

③ Rechtsradikale werden erstmals seit der Weimarer Republik Oppositionsführer

- Im Falle einer GroKo würden Rechtsradikale Oppositionsführer – mit allen Sonderrechten und nochmals erhöhter Medienpräsenz. Ferner fiele eine starke SPD aufgrund der Koalitionsdisziplin als starker linker Gegenpol aus.
- Wer mag sich einen Rassisten und Volksverhetzer wie **Gauland als Oppositionsführer** vorstellen? Manche meinen, das sei kein Problem – ich sage aber: **das wäre ein fatales Signal** für die Demokratie in Deutschland

- Die Sitzung des Bundestages zur Haltung der Bundesregierung zum Einmarsch der Türkei in Syrien hat sehr schön gezeigt, was uns in den kommenden vier Jahren bevor stünde. Die aneinander geketteten Koalitionäre werden von Links und Rechts unter Beschuss genommen; beide können sich dank der vereinbarten Koalitionsdisziplin nur schlecht gegen die jeweiligen Angriffe wehren, sie werden als einheitlicher Block wahrgenommen – ihre Profile verschwimmen weiter. In einer Minderheitsregierung bzw. einer Regierung mit wechselnden Mehrheiten könnte die eine Volkspartei aus der Opposition heraus die Alternative zur Regierung glaubwürdig verkörpern – beide gewönnen an Profil.
- ④ Die Union ist ein unzuverlässiger Koalitionspartner
- Kann und soll man mit einer Partei koalieren, die die eigene mit Worten wie *Zwergenaufstand* angreift und bestehende Vereinbarungen nicht umsetzt (Rückkehrrecht in Vollzeit)?
 - Mit einer Partei, die die **AfD als strategische Option** sieht (Abb. 1), kann man nicht ernsthaft koalieren wollen.
 - Ebenso wenig kann man mit einer Partei koalieren, die gerade mit der Glyphosat-Abstimmung einen *von langer Hand geplanten Koalitionsbruch* begangen hat. Als Chemiker bin ich übrigens entsetzt, wie leichtfertig die Naturwissenschaftlerin Merkel selbst Sympathie für die Verlängerung der Zulassung dieses mutmaßlich krebserregenden Mittels bekundet hat.
- ⑤ Anhänger einer Großen Koalition sagen: **diesmal wird es bestimmt anders, wir müssen nur unsere Inhalte besser vermitteln** – denen halte ich folgendes Zitat entgegen: „**Wahnsinn ist, immer das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten**“

III. Alternativen zur Großen Koalition

- ① Minderheitsregierung bzw. Regierung mit wechselnden Mehrheiten
- Der Parteivorstand verkündet vollmundig und mit Angstargumenten spielend, die einzige Alternative wären **Neuwahlen**. Das ist **falsch!** Als Alternative bietet sich eine – sogar von Angela Merkel selbst am 11.02. in der Sendung *Berlin Direkt* ins Gespräch gebrachte – Minderheitsregierung an – so schnell wird der Bundestag nicht aufgelöst. Die SPD-Fraktion stellt eine/n Kanzlerkandidatin/en auf, die Union wird dann evtl. auch jemanden aufstellen. Schlussendlich reicht gem. **GG Artikel 63 Abs. 4** die relative Mehrheit – es wird auf jeden Fall ein Kanzler oder eine Kanzlerin gewählt werden! Es ist unseriös, dieses Szenario nicht einmal diskutieren zu wollen.
 - Die besten Debatten im Deutschen Bundestag waren die, bei denen keine Koalitionsdisziplin gefordert war – legendäre Debatten zu so grundsätzlichen Fragen wie Schwangerschaftsabbruch, Hauptstadtfrage, Ehe für Alle. . .

- Eine solche Minderheitsregierung muss **keineswegs zu instabilen Verhältnissen** führen – insbesondere bei den meisten außenpolitischen Themen gibt es breite Mehrheiten. Ferner ist damit zu rechnen, dass sich Duldungsvereinbarungen für gewisse Themenfelder ergeben werden und dort stabile Mehrheiten garantieren.
- Die SPD wird dabei nicht zur Abnickerin eines Unionsprogramms, sondern **kann eigene Projekte profilierter einbringen** und ggf. durchsetzen – es gibt eine Mehrheit jenseits von Union und AfD.
- Dies führt zur **Schärfung des Profils aller im Bundestag vertretenen Fraktionen**, die sich aktiv inhaltlich einbringen. Die Parteien werden für die Wählerinnen und Wähler wieder unterscheidbarer, die Diskussionskultur wird gefördert. Profil ist zudem etwas, das Merkel scheut (siehe oben).
- *In NRW hat die Minderheitsregierung unter Hannelore Kraft sehr gut funktioniert*, einige Abgeordnete schwärmen noch heute davon. Und sie ist keineswegs gescheitert, sondern wurde vorzeitig beendet, weil der Zeitpunkt für Neuwahlen geschickt erschien.
- **Die Union wird sich übrigens hüten, eine rechte Mehrheit aus Union, FDP und AfD wirksam werden zu lassen.** Die CSU sieht die AfD als Bedrohung, als echten Feind bei der LTW im Herbst, die CDU weiß, dass sie dann viele andere Projekte – z. B. Fortschritte bei der EU- und Bildungspolitik – vergessen kann. Sie braucht dafür Mehrheiten mit SPD bzw. Grünen. Nein, die Union wird keine Zusammenarbeit mit der AfD anstreben. Das Gegenteil zu behaupten ist Traamtänzerie.
- Die aktuell sehr gute gesamtwirtschaftliche Lage erlaubt Experimente: Lasst uns doch mal was Neues wagen, **lasst uns mehr Demokratie wagen!**

② Neuwahlen

- Egal, wie das Mitgliedervotum ausgeht – wenn es über kurz oder lang zu Neuwahlen kommt, hat die SPD geeignete KandidatInnen, insbesondere in den Ländern. Also habt keine Angst davor!
- Selbst wenn es zu **Neuwahlen** käme, träte die SPD mit einem **echt sozialdemokratischen Programm** an, die Karten würden neu gemischt. **Niemand kann voraussehen, wie die Wahlen ausgehen würden.**
- Eines ist jedoch sicher, genau diese tollen Kompromisse in der Koalitionsvereinbarung werden uns nach einer weiteren Großen Koalition einen weiteren dramatischen Aderlass bescheren – wir sind auf dem Weg zum Projekt $15 - x\%$. Niemand soll behaupten können, er sei nicht gewarnt worden – Mahner gab es übrigens auch schon 2013.

IV. Glaubwürdigkeit

- Der Parteivorstand hat **zweimal einstimmig eine Große Koalition ausgeschlossen**. Zuletzt direkt nach Ende der Sondierungen einer Schwarzen Ampel.

Prof. Dr. Henning Höpfe, Stand: 12. Februar 2018

- Viele Politiker aus der Parteispitze haben eine GroKo ausgeschlossen. Natascha Kohnen: „Wir sagen klipp und klar ‚Nein‘ zu einer Großen Koalition – ohne jegliches Hintertürchen“ (fast wortgleich haben sich auch andere geäußert)
- All diese Positionen wurden geräumt und nach dem Motto **was kümmert mich mein Geschwätz von gestern** in ihr Gegenteil gedreht. Das ist allenfalls eine **atmende Glaubwürdigkeit**.
- Die SPD wurde gewählt, um den Kanzler zu stellen und sozialdemokratische Politik zu machen, nicht um Steigbügelhalter von Merkels vierter Kanzlerschaft und weiteren vier Jahren neoliberaler Politik zu werden.

Kontaktdaten:

Twitter: @hhoepfe

E-Mail: henning.spd@email.de

/// Die Union muss sich der politischen Mitte weiter annähern

DIE AfD ALS CHANCE FÜR DIE UNION

MATTHIAS JUNG /// Die Etablierung der AfD geht bisher zu Lasten aller Parteien. Insofern kann ihr Erfolg keineswegs primär als Reaktion von Wählerschichten erklärt werden, die vom Modernisierungskurs der Union verschreckt sind. Eine Etablierung der AfD bietet für die Union sogar eine doppelte Chance: Zum einen wird ihre Fokussierung auf die politische Mitte glaubwürdiger, wenn rechtspopulistische Positionen außerhalb der Union ihre Heimat finden. Und zum anderen wird es schwerer für Rot-(Rot-)Grün, zu parlamentarischen Mehrheiten zu kommen.

Der vermeintlich unaufhaltsame Aufstieg der AfD und ihre Etablierung im Parteiensystem der Bundesrepublik wurden vor allem nach den Erfolgen

Gruppen leicht ein relativ stärkeres Gewicht an der Wahlurne erreichen können. Zusätzlich relativierend ist anzumerken, dass die Landtagswahlen im

Abb. 1: Umfrageinterpretation des Geschäftsführers der FG Wahlen für die Union im Frühjahr/Sommer 2017.